

A3: Perspektiven geben! - Ausbildung

Die 15. Shell-Jugendstudie besagt: Die Zukunftsperspektiven der Jugendlichen hängen stark mit ihren Sozialisationserfahrungen und aktuellen Lebensumständen in Familie, Schule und Freizeit zusammen. Die Jugendlichen werden unsicherer. Das Hauptproblem ist die Chancenlosigkeit der unteren sozialen Schicht. Dort finden sich Zukunftsangst und Angst vor Arbeitslosigkeit überproportional häufig.

Die dreiteilige Antragsreihe „Perspektiven geben“ hat das Ziel die Lebensbedingungen junger Menschen hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit zu verbessern. Angesprochen werden die drei Lebensbereiche Erziehung, Freizeit und Ausbildung.

Die Antragsreihe beschäftigt sich nicht mit der Ungerechtigkeit in diesem Land, wie sie häufig unter den Gesichtspunkten des selektiven Schulsystems sowie der Studiengebühren diskutiert wird. Auch wenn besonders die Frage des Schulabschlusses eine wichtige ist und es aus gutem Grund unser Ziel ist, möglichst vielen jungen Menschen bei der optimalen Entfaltung ihrer Fähigkeiten zu helfen, so zielt dieser Antrag auf die Verbesserung der Lebensbedingungen jener Menschen, denen sich gar nicht erst die Frage stellt, ob Gymnasium oder Hauptschule, ob Studium oder gleich in den Beruf, sondern es geht darum diesen überhaupt eine grundlegende und zukunftsfähige Lebensperspektive zur Selbstverwirklichung in sozialer Integration aufzuzeigen.

Perspektive Ausbildung

Die Perspektive überhaupt einen Beruf erlernen zu können ist für eine Vielzahl der SchulabgängerInnen nicht mehr selbstverständlich. Die Perspektive Beruf ist überhaupt von zentraler Bedeutung, denn die eigene berufliche Verwirklichung schließt den Prozess des Erwachsenwerdens ab und legt die Verantwortung für das eigene Leben schließlich in die eigenen Hände. Jugendliche haben daher auf dem Weg ins Erwachsenenleben nicht nur Chancen, sondern sind auch mit dem Risiko konfrontiert, eventuell zu scheitern. So können Jugendliche, die die Schule ohne oder nur mit einem niedrigen Bildungsabschluss verlassen haben, keinesfalls damit

rechnen, einen Ausbildungsplatz zu erhalten, geschweige denn einen Ausbildungsplatz ihrer Wahl.

Die Shell Jugendstudie 2006 zeigt, dass Jugendliche deutlich stärker besorgt sind, ihren Arbeitsplatz verlieren bzw. keine adäquate Beschäftigung finden zu können. Waren es in 2002 noch 55%, die hier besorgt waren, sind es 2006 bereits 69%.

Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt jedoch ist in den letzten Jahren durch quantitative als auch durch qualitative Probleme gekennzeichnet. Der Bedarf an Ausbildungsplätzen kann nicht gedeckt werden. Im Jahr 2006 fanden rund 200.000 Jugendliche einen Ausbildungsplatz, ohne bei der BA (Bundesagentur für Arbeit) als Bewerber gemeldet gewesen zu sein; unter ihnen sind gehäuft leistungsstarke Jugendliche anzutreffen. Bei der BA wurden 763.100 Bewerber registriert. Zum Stichtag 30.09.2006 konnten davon 49.500 bzw. 6,5 % der gemeldeten Bewerber nicht vermittelt werden. Die rechnerische Lücke zwischen den noch offenen Ausbildungsplätzen (15.400) und den unvermittelten Bewerbern fiel mit 34.100 ebenfalls so hoch wie noch nie seit der Wiedervereinigung aus. In Hessen ist schon seit 1996 das Angebot an Ausbildungsplätzen geringer als die Nachfrage.

Daraus ist auch hier eine Sockelarbeitslosigkeit unter Jugendlichen entstanden, die es zu beheben gilt. Neben den „in der Warteschleife geparkten Jugendlichen“, stellen die so genannten „Altbewerber“ ein weiteres Problem dar. Das sind solche Jugendliche, die sich über mehr als ein Jahr hinweg um einen Ausbildungsplatz bemühen. Ihre Anteil erreichte 2005 bereits 46,2%

Betroffen sind auch besser qualifizierte Jugendliche. Selbst bei jungen Erwachsenen mit beruflichem Abschluss ist seit Ende der 90er Jahre ein Anstieg der Arbeitslosigkeit zu beobachten. Dadurch verschärfen sich wiederum die Probleme derjenigen, die den Übergang in Beschäftigung ohne beruflichen oder schulischen Abschluss bewältigen müssen.

Die Zahl der einen Ausbildungsplatzsuchenden liegt in Hessen deutlich über den Werten der 90er Jahre und auch über denen der vergangenen zwei Jahre. Durch die Einführung von Studiengebühren sowie durch das Turbo-Abitur wird sich der

Prozentanteil der Jugendlichen pro Jahrgang, die einen Ausbildungsplatz suchen werden, noch verstärken. Besonders betroffen sind Auszubildende mit Migrationshintergrund. Seit Mitte der 90er Jahre ist deren Anteil stetig gesunken. Gleichzeitig nimmt der Anteil der Ausbildungsgänge im dualen System ab. Damit einher gehen qualitative Verschlechterungen der Ausbildungsbedingungen (Überstunden, zu geringe Vergütung, mangelnde Betreuung).

Jugendliche ohne Ausbildung sind zudem häufig von sozialer Exklusion betroffen. Die Wahlerfolge rechtsextremer Parteien vor allem in den neuen Bundesländern sind nicht zuletzt durch einen überproportional hohen Stimmenanteil unter Jungwählern zu Stande gekommen. Hier zeigt die Shell-Jugendstudie Erfreuliches und Beunruhigendes zugleich: Insgesamt erteilen die Jugendlichen dem Rechtsextremismus eine klare Absage. Diejenigen jungen Menschen, die auf Grund ihrer sozialen Situation in Familie und Umgebung kaum Zukunftschancen haben, sind jedoch anfälliger für rechtsextreme Propaganda.

Eine abgeschlossene Berufsausbildung erhöht nicht nur die Chancen auf dem Arbeitsmarkt deutlich. Ausbildung bedeutet auf lange Sicht bessere Zukunftschancen und sorgt auch für soziale Integration. In Anbetracht eines Menschenrechts auf Bildung und Ausbildung, aber auch zur Sicherung des sozialen Friedens und Wohlstands aller, wollen und müssen wir deshalb der Jugend eine Perspektive geben. Kommt die Wirtschaft ihrer Verantwortung nicht nach, ist der Staat gezwungen Ausbildung in staatlicher Trägerschaft anzubieten. Die Wirtschaft wird dafür in die finanzielle Verantwortung eingebunden werden müssen. Deshalb ist es endlich an der Zeit auch die Ausbildungsplatzumlage umzusetzen.

Will Deutschland einen größeren akademisch qualifizierten Arbeitskräftepool haben, sollte die Devise nicht heißen, die duale Ausbildung mit ihrem hohen Praxisanteil im Betrieb zu Gunsten einer stärker verschulten Ausbildung zu vernachlässigen. Stattdessen gilt es vielmehr, den Übergang von der Berufs- zur akademischen Ausbildung an Universität oder Fachhochschule zu erleichtern und fördern.

Forderungen:

1. Bugwelle abbauen

Die wachsende Anzahl Jugendlicher, die schon in den letzten Jahren keinen Ausbildungsplatz erhalten haben („Bugwelle“), muss im Rahmen eines Sofortprogramms einen betrieblichen oder außerbetrieblichen Ausbildungsplatz erhalten. Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird nach der Regierungsübernahme 2008 ein entsprechendes Landesprogramm initiieren und dessen Finanzierung sicherstellen (optimalerweise in Zusammenarbeit mit der BA durch Ausschöpfung ihrer Überschüsse). BewerberInnen ohne Schulabschluss müssen dabei unterstützt werden einen Schulabschluss nachzuholen.

2. Ausbildungsgarantie

Analog zum dänischen Modell¹ werden ab dem Ausbildungsjahr 2008 die einen Ausbildungsplatz Suchenden zunächst auf eine Berufsschule eingeschult. Die Schule zeichnet sich verantwortlich im Rahmen der dualen Ausbildung einen außerbetrieblichen Ausbildungsplatz für jede Schülerin / jeden Schüler zu finden. Das Gefühl bei einer erfolglosen Suche auf sich alleine gestellt zu sein entfällt somit.

3. solidarischer Beschäftigungssektor

Folglich erhalten alle hessischen Schulabgängerinnen und Schulabgänger ab dem Ausbildungsjahr 2008 eine Ausbildungsgarantie. Das bedeutet, dass bei einer weiterhin bestehenden Deckungslücke zwischen Angebot und Nachfrage an betrieblichen Ausbildungsplätzen, die fehlenden Plätze von staatlicher Seite zu schaffen sind. Diese sind durch die Schaffung einer hessischen Ausbildungsplatzumlage zu finanzieren. Betriebe und Verwaltungen, die ihrer Ausbildungsverpflichtung nicht nachkommen, zahlen in einen entsprechenden Ausbildungsfonds ein. Abhängig vom prognostizierten Einstellungsbedarf sind hierzu in den einzelnen Branchen Mindestquoten festzulegen, so dass bedarfsgerecht ausgebildet wird.

¹ Die Berufsausbildung in Dänemark besteht aus zwei Stufen: einer schulischen Grundausbildung und einer darauf aufbauenden, dual ausgerichteten Hauptausbildung. Allen Ausbildungswilligen wird der Zugang zur Grundausbildung garantiert und die Möglichkeit gegeben, darüber hinaus zusätzliche berufliche oder weiterführende Module zu wählen. Die Grundausbildung ist ein äußerst flexibles Instrument und kann zwischen zehn und 60 Wochen dauern. Diejenigen, die sich schon für eine bestimmte Ausbildung entschieden haben, können die Grundausbildung sehr schnell beenden. Wer noch unsicher ist, hat genügend Zeit und erhält Anregungen, die seine Ausbildungswahl unterstützen. Jeder Auszubildende bekommt einen individuellen Ausbildungsplan und Beratung zu seiner Ausbildung und Berufsplanung.

4. Berufsausbildungsbeihilfe

Die Berufsausbildungsbeihilfe muss so neu gestaltet werden, dass alle Auszubildenden in der Lage sind, sich armutsfest selbst ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Praktika und Lernverhältnisse müssen per Gesetz eindeutig von Arbeitsverhältnissen abgegrenzt werden, damit sie keine regulären Stellen ersetzen.

5. Qualität sichern

Durch qualitätssichernde Maßnahmen muss gewährleistet sein, dass die Ausbildungsbedingungen auf hohem Niveau gewahrt werden. Auszubildende in der betrieblichen Ausbildung dürfen ausschließlich entsprechend der Vorgaben des jeweiligen Ausbildungsberufs eingesetzt werden. Dies muss auch ein Wiederinkrafttreten der Ausbildungseignungsverordnung sowie durch den Erhalt des Jugendarbeitsschutzes beinhalten. Ausbilderinnen und Ausbilder müssen bessere Möglichkeiten zur Weiterbildung erhalten.

Auch die Berufsschulen müssen endlich wieder personell, sächlich und räumlich auf hohem Niveau ausgestattet werden.

6. Benachteiligungen aufheben

Wir fordern mehr Chancengleichheit in der beruflichen Bildung. Dazu gehört die Anerkennung von Ausbildungsabschnitten bei vorzeitigem Abbruch der Ausbildung, vergleichbare Berufswege für Menschen mit Behinderung, einheitliche Berufsschulpflichten für Auszubildende und die Förderung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund.

7. Durchlässigkeit gewährleisten

Eine stärkere Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit hin zu weiteren Bildungswegen ist zu fördern. Der Abschluss einer Berufsausbildung soll eine (Fach)- Hochschulzugangsberechtigung in einem der Ausbildung verwandten Studiengang ermöglichen bzw. deutlich erleichtern. Durch eine Kombination von Berufsausbildung mit dem Erwerb der Hochschulreife erhalten auch Haupt- und

RealschülerInnen die Möglichkeit, parallel zur Lehre Abitur oder Fachabitur zu machen.

8. Mehr Wege ins Studium

Darüber hinaus brauchen mehr Wege ins Studium wie durch mehr beruflich orientierte Angebote an Oberstufen, denn gerade für RealschülerInnen mit konkretem Berufswunsch bieten berufliche Gymnasien eine optimale Vorbereitung auf ein späteres Studium.

Auch eine Anrechnung der Berufsausbildung auf das Studium ist erforderlich, so dass beruflich erworbene Qualifikationen zu einer Verzahnung von Ausbildung und artverwandtem Studium beitragen.

9. Ausbildungsplätze als Vergaberichtlinie

Bei der Vergabe von Aufträgen durch die öffentliche Hand müssen Betriebe, die ausbilden, Vorrang vor solchen haben, die nicht ausbilden. So wird von staatlicher Seite ein weiterer Anreiz zur Schaffung von Ausbildungsplätzen gesetzt und gerade viele mittelständische Unternehmen, die bisher die Hauptlast der Ausbildung (68,5%) tragen, werden so zusätzlich gestärkt. Die Berücksichtigung von Ausbildung als Vergabekriterium ist daher als „Muss“-Vorschrift im deutschen Vergaberecht einzuführen und es ist von deutscher Seite aus daraufhin zu wirken, dass eine solche Regelung auch EU-weit eingeführt wird.

10. neue Ausbildungsgänge

Neue Ausbildungsgänge sind nur in Abstimmung mit den Sozial-Partnern zuzulassen.

11. Interessenvertretung

Für in außerbetrieblich Ausbildung befindliche Jugendliche muss eine Interessenvertretung gewährleistet sein; hierzu ist eine entsprechende Wahlordnung zu erstellen.

Angenommen: Änderungsanträge wurden beschlossen und eingearbeitet. Der geänderte Antrag wurde von der Mehrheit der Delegierten bei wenigen Enthaltungen beschlossen.

Zur Weiterleitung an: Juso-Landeskonferenz, Bezirksparteitag